



Fotos: Forster



Reges Interesse trotz Regens herrschte an den Ständen der VVN-BdA Köpenick und (Foto) des BdA Treptow, wo zahlreiche Unterschriften für das Verbot der NPD gesammelt wurden. Neben der Montgolfier-Schule, die eben mit dem Titel „Schule mit Courage“ ausgezeichnet wurde, waren auch zahlreiche Gruppen mit originellen Beiträgen auf dem Fest zu finden. Für großen Zuspruch sorgte auch ein ungewöhnliches T-Shirt.

Für Demokratie und Toleranz

Am letzten Septemberwochenende fand am Bahnhof Schöneweide zum dritten Mal ein beachtenswertes Fest statt: Das Interkulturelle Fest für Demokratie und Toleranz gegen Angsträume.

Wenn es auch nicht nur einer Schirmherrin (Bürgermeisterin Gabriele Schöttler) sondern auch zahlreicher Schirme bedurfte, wagten sich viele Besucher in den „Angstraum“ am Bahnhof Schöneweide. Veranstaltet vom Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Treptow waren zahlreiche Vereine und Initiativen beteiligt. Ob Schule oder Gartenverein, alle wollten sie zeigen, dass hier kein Platz sein soll für neofaschistische Ideologie und rechte Gewalt.

Doch auch in anderen Stadtbezirken gibt es Initiativen, von denen man sich einiges abschauen kann. Die Bürgermeisterin aus dem Nachbarbezirk Marzahn-Hellersdorf beispiels-

weise will jetzt, dass im Bezirk aktiv Material für ein NPD-Verbotsverfahren gesammelt wird.

Zusammen mit 22 Einrichtungen des Bezirks (darunter Schulen, Oberstufenzentren, aber auch Suchtberatungsstellen) nimmt sie ab sofort auch anonyme Hinweise der Bürger entgegen. Denn viele Nazi-Opfer trauen sich nicht aus Angst vor erneuten Repressalien, offiziell Anzeige gegen ihre Peiniger zu erstatten, weil sie dann letztendlich auch vor Gericht aussagen müssten. Bürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE): „Ich werde mit den Informationen diskret umgehen und die Hinweise für ein NPD-Verbotsverfahren Ende des Jahres an Innensenator Körting übergeben.“ Wer Hinweise hat, kann sich direkt an die Telefonnummer des Büros der Bürgermeisterin wenden. Wir finden: Eine nachahmenswerte Initiative auch für Treptow-Köpenick. *Karl Forster*

DIE LINKE als Bürgerrechtspartei

Der Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE.-Treptow-Köpenick lädt Vertreter/innen von Vereinen, Verbänden und Initiativen zu einer Diskussion über das Thema „DIE LINKE als Bürgerrechtspartei und Erfahrungsaustausch über bürgerschaftliche Mitbestimmung im Bezirk Treptow-Köpenick“. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 25. Oktober, 18.30 Uhr in der Alten Schule Dörpfeldstraße in Adlershof statt. Gesprächspartnerin ist Dr. Petra Brangsch, die Moderation hat Minka Dott.

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3:** Interview mit dem neuen Bezirksvorsitzenden
- Seite 4:** Er war ein Moorsoldat
- Seite 7:** Köpenicker Spaziergänge
- Seite 9:** Rot-Weiß ist nicht braun

Ablehnung hätte zu Zwangsverwaltung geführt

Schwierige Entscheidung für die Fraktion



Im Rahmen der Debatte zum Bezirkshaushalt 2008/09 mussten wir uns als Fraktion mit zahlreichen Problemen auseinandersetzen. Eine besondere Schwierigkeit stellt dabei für uns das finanzielle Zuweisungssystem des Landes Berlins an die Bezirke dar. Die entsprechende Eigenverantwortung der Bezirke wird derzeit durch das Beschneiden von Handlungsspielräumen immer mehr konterkariert. Dies geschieht u.a. durch Personalkürzungsvorgaben, Mindestveranschlagungen und utopische Einnahmenvorgaben des Senats. Folge dessen ist, dass bereits heute einige Bezirke Schulden im zweistelligen Millionenbereich haben. Absehbar ist, dass sich diese Tendenz in anderen Bezirken fortsetzen wird. Daneben werden zusätzliche, durch-

aus sinnvolle Aufgaben, an die Bezirke übertragen, aber erforderliche finanzielle Mittel durch den Senat nicht zur Verfügung gestellt, z.B. in den Bereichen Kinderschutz, Durchsetzung von Rauchverboten oder Wartung von Computern und technischen Geräten an Schulen.

In den Beratungen in den Ausschüssen, in der BVV-Sitzung sowie in der Beschlussempfehlung zum Haushalt konnten wir als Fraktion diese Kritik deutlich machen. Angesichts der Aussagen des Finanzsenators zur verbesserten Finanzlage des Landes Berlin und den Steuermehreinnahmen, kritisierte Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV, die „pädagogischen“ Maßnahmen des Senats gegenüber den Bezirken bezüglich der Haushaltskonsolidierung in seiner Rede zum Haushalt: „Für die Bezirksverwaltungen dagegen gilt die Haushaltsnotlage, die durch die Niederlage in Karlsruhe noch verschärft wurde.“ (*Den Wortlaut der Rede dokumentieren wir auf Seite 10, d. Red.*)

Die Entscheidung der Fraktion, sich diesem Haushaltsplan nicht entgegen zu stellen, fiel uns sicherlich nicht leicht. Eine mehr-

heitliche Ablehnung des Haushalts in der BVV hätte jedoch zu einer Art finanzieller „Zwangsverwaltung“ einhergehend mit schnellen Schließungen von bezirklichen Einrichtungen in Treptow-Köpenick durch den Senat geführt. Dieses Szenario im Blick, wollten wir dem Bezirk die Spielräume bewahren, die noch verblieben sind, denn im bezirklichen Finanzvergleich steht Treptow-Köpenick mit an oberster Stelle. Darüber hinaus hat das Bezirksamt eine ganz klare Prioritätensetzung zugunsten der Bereiche Schule, Jugend und Senioren beim vorgelegten Haushaltsplan vorgenommen. Das sind Themen, die wir wichtig finden, die unsere Zukunft darstellen und denen wir uns nicht entgegenstellen wollten.

Im Ergebnis stellen sich aber zahlreiche Aufgaben. Die fachliche Untersetzung der Bibliotheksentwicklung im Bezirk, die uns der Stadtrat für Bildung und Bürgerdienste Svend Simdorn (CDU) bis zuletzt schuldig blieb, werden wir kritisch begleiten müssen. Wir werden darüber hinaus die Debatte um das Zuweisungssystem an die Bezirke innerhalb des Berliner Landesverbandes der LINKEN erneut anstoßen, denn am Ende blieb für uns angesichts der permanenten finanziellen Unterausstattung die Frage offen, welche Aufgaben Bezirke in einem Land Berlin noch erfüllen sollen bzw. ob dies überhaupt noch gewünscht ist.

*Katharina Weise,
Haushaltspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE in der BVV.*

Impfbuchkontrollen

Die Kontrolle der Impfbücher gehört zu den originären Aufgaben im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD), erklärte Stadträtin Ines Feierabend auf eine Kleine Anfrage der Bezirksverordneten Barbara Chrapek. In den letzten beiden Jahren geschahen die Überprüfungen in den 6. Klassen allerdings nur nach Möglichkeiten. Gegenwärtig könne von einem Durchimpfungsgrad von 85 bis 95 Prozent ausgegangen werden. Da seit 2006/07 die Impfung gegen Meningokokken Serotyp C und Human-Papillom-Virus neu in den Impfkalender aufgenommen wurde, waren unter allen überprüften sechsten Klassen von fünf Grundschulen lediglich zwei Schüler zu finden, die alle für dieses Alter empfohlene Impfungen auch hatten. Für etwa 87 Prozent der Schüler wurden Impfungen empfohlen. Die Eltern werden schriftlich informiert mit dem Angebot, die fehlenden Impfungen beim behandelnden Arzt oder dem KJGD vornehmen zu lassen.

Standortwechsel Volkshochschule vorgeschlagen

Die Volkshochschule sollte von der Baumschulenstraße in die Kieffholzstraße verlegt werden, meint Stefan Förster. Der FDP-Verordnete begründete seinen Vorschlag mit dem Wegzug des Treptow-Kollegs aus der Kieffholzstraße und den Kosten für Bewirtschaftung und Unterhaltung des Standortes Baumschulenstraße im Jahr 2006. Bezirksstadtrat Dirk Retzlaff will den Vorschlag prüfen. Bisher seien aber keine bezirkseigenen Gebäude für eine Nutzung als VHS- Standort bekannt.

Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit

Auf den zunehmenden Gruppenkonsum von Alkohol besonders von Jugendlichen auf vielen öffentlichen Plätzen wie dem Bahnhofsvorplatz Schöneweide machte der Bezirksverordnete Peter Groos (Bü/Grüne) in

einer Kleinen Anfrage an das Bezirksamt aufmerksam.

Die Lage ähnele der an vielen Orten im Bezirk und in der Stadt. Seit der Fußballweltmeisterschaft werde diese Ordnungswidrigkeit allgemein geduldet, stellte Stadtrat Michael Schneider fest. Das Ordnungsamt habe zu wenige Mitarbeiter und sei im Rahmen seiner Möglichkeiten vor Ort. Leider, fügte er mit Bedauern hinzu, beschränkten sich die möglichen Maßnahmen auf eine Ansprache oder einen Platzverweis. Ohne Kooperation durch die Jugendlichen selbst sei ein Nachweis des Verkäufers oder Überlassers kaum möglich. Schwerpunkt der operativen Gruppe Jugendgewalt der Berliner Polizei sei die Bekämpfung von Gewalt und die Verfolgung von Straftaten. Präventionsarbeit gegen Gruppenkonsum von Drogen werde unter anderem von Streetworkern und Teams der aufsuchenden Jugendsozialarbeit geleistet, die schwerpunktmäßig in Alt-Treptow, Johannisthal, Altglienicke und Oberschöneweide eingesetzt sind.

Profil kenntlicher machen

Als Partei für den Alltag erlebbar werden



Der neue Bezirksvorsitzende Marko Tesch
Foto: Forster

Auf der jüngsten Hauptversammlung im September wurde Marko Tesch zum neuen Bezirksvorsitzenden der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick gewählt. Petra Reichardt sprach für die Redaktion des blättchen mit ihm über seine Vorstellungen der nächsten Aufgaben.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Bezirksvorsitzender! Was wirst Du zuerst in Angriff nehmen?

Marko Tesch: Dankeschön. Als erstes wird

der Bezirksvorstand entsprechend der beschlossenen Aufgaben diese mit Verantwortlichkeiten im Vorstand versehen und auf einer Klausurberatung im November einen konkreten Arbeitsplan für das nächste Jahr erarbeiten. Natürlich werden wir zusammen mit der BVV-Fraktion, unseren Bezirksamtsmitgliedern sowie unseren Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und im Bundestag zügig die politischen Schwerpunkte beraten und gemeinsam mit den Mitgliedern unserer Partei diese Schwerpunkte diskutieren und untersetzen. Dazu sollen in die Ortsteilkonferenzen mit allen Mitgliedern unserer Partei vor Ort genutzt werden.

Welche politischen Schwerpunkte wollt Ihr angehen?

Tesch: Diese liegen eigentlich auf der Hand – man nehme nur die Beschlüsse bei den jeweiligen Gründungsparteitagen. Natürlich werden wir in dem gut einem Jahr bis zur nächsten Wahl eines Bezirksvorstandes keine Bäume in den Himmel wachsen lassen können, aber Anfänge müssen gemacht werden. Es gilt unser Profil kenntlicher zu machen – in den Bereichen Antifaschismus, Kampf gegen Hartz IV und Friedenspolitik genauso wie in der Umsetzung der Projekte aus dem letzten Wahlkampf wie Einführung der Gemeinschaftsschule, Entwicklung des ÖBS oder Ausbau demokratischer Mitbestim-

mung. Daneben werden die alltäglichen Fragen vom Schlagloch bis zum Kampf um den Erhalt öffentlicher Bibliotheken uns auch immer wieder zu beschäftigen haben – als Partei für den Alltag sollen die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes uns wieder stärker erleben dürfen.

Was liegt Dir besonders am Herzen?

Tesch: Ich möchte, dass es uns zukünftig wieder besser gelingt, miteinander zu reden, Wissen und Erfahrungen besser auszutauschen. Dafür muss Raum auf den diversen Sitzungen bleiben und darf nicht dem Zufall überlassen werden. Es kann nicht länger sein, dass die Beratungen dem Muster folgen: Die „oben“ reden und die „unten“ hören zu – wir brauchen die Kenntnisse und Erfahrungen ALLER, wenn wir erfolgreich sein wollen. Wir müssen uns auch fragen, ob alle unsere liebgeordneten Traditionen noch tragen, wir brauchen effizientere Strukturen und Informationswege – die Debatte darum endlich anzustoßen und erste Schritte zu unternehmen ist mir daher ein besonderes Bedürfnis.

Wie kann man den Bezirksvorsitzenden erreichen?

Tesch: Neben der telefonischen Erreichbarkeit zu den Sprechzeiten der BVV-Fraktion (53 37 607) bin ich in der Regel mittwochs zwischen 13.00 und 16.00 in der Geschäftsstelle Allendeweg 1 zu finden. Außerdem sind unsere Bezirksvorstandssitzungen alle öffentlich und Gäste immer gern gesehen.



Der neugewählte Bezirksvorstand DIE LINKE.Treptow-Köpenick.

Bezirksvorsitzender: Marko Tesch, **Stellvertretende Bezirksvorsitzende:** Sigrun Merkle, **Stellvertretender Bezirksvorsitzender:** Tino Oestreich, Die Mitglieder des Bezirksvorstan-

des: Anneliese Bräuer, Minka Dott, Dr.Johanna Hambach, Karin Kant, Heike Kappel, Edith Karge, Sylvia Müller, Petra Reichardt, Uwe Doering, Philipp Häusler, Wolfram Just, Michael Kargus, Martin Schmidt-Bugiel, Peter Stange-Beer, Ernst Welters.

Seniorenpolitisches Forum

Das Forum wird sich mit der haus- und fachärztliche Versorgung in den Berliner Pflegeheimen befassen. Dabei werden die Ergebnisse der Umfrage zur ärztlichen Versorgung aus dem Jahr 2006 vorgestellt.

Das seniorenpolitische Forum findet am 12. Oktober 2007, in der Zeit von 10-12 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum:113 statt.

Neues Vergabegesetz

Wirtschafts- und Frauen senator Harald Wolf hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgesetzes zum Berliner Vergabegesetz ein Eckpunktepapier zur Novellierung desselben vorgelegt, das den Geltungsbereich auf sämtliche Vergaben des Landes ausweitet. Das bedeutet: Unternehmen, die Aufträge des Landes Berlin bekommen wollen, müssen geltende Tarifverträge einhalten, mindestens aber 7,50 Euro die Stunde zahlen, und weitere Standards einhalten.



Noch immer tritt Erwin Schulz auch als Redner bei Gedenkfeiern auf, so auch bei der Veranstaltung auf dem Friedhof Esterwegen, wo Moorsoldaten und viele sowjetische Kriegsgefangene ihre letzte Ruhe fanden.

Er war ein Moorsoldat Erwin Schulz wird 95



Erwin Schulz

Das Lied der Moorsoldaten, das Ernst Busch so ausdrucksvoll gesungen hat, wird im kommenden Jahr 75 Jahre alt. Da würde Erwin Schulz gern dabei sein, wenn die ehemaligen Häftlinge der Emslandlager sich aus diesem Anlass wieder in Papenburg treffen. Am 13. Oktober wird der Ehrenvorsitzende des VVN-BdA Köpenick e.V.

95 Jahre alt. Wenn er sich auch im nächsten Jahr so fühlt wie jetzt, wird er die Reise antreten. Beim diesjährigen Treffen, zu dem das Dokumentations- und Informationszentrum in Papenburg regelmäßig ehemalige Häftlinge der Emslandlager und ihre Angehörigen einlädt, waren nur noch wenige Moorsoldaten dabei.

Emslandlager ist der Oberbegriff für 15 Lager, die sich entlang der niederländischen Grenze befanden. Erwin Schulz kam 1937

als 25-Jähriger ins Lager Börgermoor und schuftete noch bis 1940 unter schwersten Bedingungen in den Lagern Esterwegen und Aschendorfermoor. Der gebürtige Berliner war jugendlicher Angestellter im Warenhaus Jonass & Co, begeisterter Fichte-Sportler, sang im Chor und lernte Esperanto. Als die Nazis an die Macht kamen, gehörte er zu denen, die sich ihnen entgegenstellten. In Tempelhof leitete er eine illegale Fünfergruppe, die Texte für Flugblätter entwarf.

Durch Verrat flog die Gruppe auf und er wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, eine Zeit, in der er größtenteils als Strafgefangener unter SA-Bewachung in den Emslander Mooren arbeiten musste. 1942 wurde er zwangsrekrutiert in das Strafbataillon 999 und kam zur Afrika-Division.

Erwin Schulz lebt im Allende-Viertel in Köpenick, wo er mich in seinem Wohnzimmer, umgeben von Zeitungstapeln, mit freundlichem Lächeln und im schönsten Berlinisch zu einem Gespräch begrüßte. Er ist Witwer und führt seinen Haushalt ganz allein. Bei seiner Vergangenheit verständlich, dass ich ihn vor allem nach seiner Meinung zum Problem NPD und Rechtsextremismus im Bezirk befragte.

„Natürlich bin ich für ein Verbot der NPD, denn sie wird ja sogar noch mit Steuermitteln finanziert. Wenn wir aber rechtes

Gedankengut vor allem bei jungen Menschen bekämpfen wollen, darf die Aufklärungsarbeit über den Faschismus nicht nachlassen. Das muss mindestens in der Schule und in den Lehrbüchern beginnen. Heute wissen ja viele nicht einmal, dass schon vor 1933 größere Teile der Bevölkerung gegen den Faschismus waren“.

Als einer der wenigen noch lebenden Moorsoldaten ist Erwin Schulz gefragter Interviewpartner für Dokumentationen oder bei Antifa-Veranstaltungen. Und bei Demos im Stadtbezirk ist er immer dabei. Wird er aber in Treptow-Köpenick zu Gesprächsrunden mit Schülern eingeladen, wollte ich wissen, worauf er erklärte:

„Im Emsland wird im Gegensatz zu uns die Geschichte der Moorsoldaten im Heimatkundeunterricht behandelt. Bei uns ist das kein Pflichtthema, obgleich schon 1933 bei der Köpenicker Blutwoche nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten brutal misshandelt und ermordet wurden. Nur sehr wenige Lehrer und Geschichtslehrer engagieren sich in dieser Hinsicht. Ich wurde in unserem Bezirk jedenfalls nach der Wende noch in keine Schule eingeladen. Ich muss allerdings zwei Einschränkungen machen. Auf Initiative einer Schülerin des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums war ich in einer Geschichtsstunde. Da interessierten sich die Schüler allerdings mehr dafür, ob ich Rommel getroffen habe als für die Straflager. Ein anderes Beispiel aus Treptow zeigte dagegen, wie man Schüler an die Problematik Faschismus anschaulich heranführen kann. Anlässlich der diesjährigen Gedenkveranstaltung zur Köpenicker Blutwoche in der Gedenkstätte in Köpenick berichteten Schüler der Amelie-Earhart-Oberschule des Bereichs Produktives Lernen in einer szenischen Darstellung über das Leben der Familie Schmaus, die Opfer der Blutwoche war. Das hatte ihr Lehrer Herr Geffert in Zusammenarbeit mit dem Heimatmuseum mit ihnen einstudiert. Wenn es nur mehr solcher Initiativen bei uns gäbe“.

Wie er sich fit hält, was er noch vorhat, wollte ich zum Abschied wissen und wie er seinen Ehrentag verlebt. „Mein Lebensmotto war schon immer „Wer rastet der rostet“. Ich gehe jeden Tag raus und laufe, ich kaufe alleine ein. Als ich bei verdi. anlässlich meiner 80-jährigen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geehrt wurde, kam ich ins Gespräch mit der verdi.-Jugend und die Idee wurde geboren, dass ich im nächsten Jahr mit jungen Gewerkschaftern nach Papenburg reise. Das alles hängt aber davon ab, wie es mir weiterhin ergeht. Meinen Geburtstag feiere ich am 13. Oktober gemeinsam mit Kameraden und Freunden“.

Helga Pett

Helga Pett

US-Einfluss auf die Nachbarländer

Hintergründe des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan

Wie ist eigentlich heute die Situation in Afghanistan und was hat die Bundeswehr dort zu suchen. Diese Fragen standen im Zentrum einer Veranstaltung am 11. September im Haus der Jugend in Köpenick. Zuerst wurde der Film „Gesteuerte Demokratie“ über die junge afghanische Politikerin Malalai Joya gezeigt, der ihren Weg zur Parlamentsabgeordneten darstellt. Durch ihren Kampf gegen die das Land beherrschenden „Warlords“, gegen die Diskriminierung der Frauen bzw. Zwangsehen gewann sie viele Sympathisanten in der afghanischen Bevölkerung, jedoch auch zahlreiche Feinde. In berührenden Bildern wird das heutige Afghanistan gezeigt, seine veralteten Gesellschaftsstrukturen, jedoch auch die ersten neuartigen Erfahrungen im Zusammenhang mit den stattgefundenen Wahlen.

In der anschließenden Diskussion berichtete Norman Paech, Mitglied der Linksfraktion im Bundestag und Professor für Völkerrecht, über seine Eindrücke bei Besuchen in Afghanistan in den 70er Jahren und heute. Wurde das Eingreifen der USA und der NATO mit deutscher Beteiligung noch unter dem Vorwand der Schaffung von mehr Demokratie und Freiheit für das Land begründet, so ist nicht viel davon zu bemerken. So sind Frauen immer noch dazu gezwungen, nur verschleiert in der Burka in der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Die folgende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, welche tatsächlichen Gründe für die Besetzung Afghanistans durch die USA bestehen. Warum sind tausende von US- und NATO Soldaten nicht in der Lage,

ca. 4000 Talibankämpfer dauerhaft zu besiegen? Oder verfolgen die USA darüber hinaus andere Ziele? Norman Paechs Antwort darauf ist, dass Afghanistan nur ein Puzzleteil der Schaffung einer neuen Weltordnung unter der Vormacht der USA darstellt und es vorrangig darum geht, den Einfluss auf strategisch wichtige Nachbarländer zu sichern. Die Bundesrepublik wird immer tiefer in die Kriegshandlungen hinein gezogen. Die Linksfraktion spricht sich als einzige Kraft im Bundestag klar für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan aus. Das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes gilt es in jedem Falle zu bewahren. Nur durch Rückgabe der Souveränität kann sich die afghanische Gesellschaft von innen heraus modernisieren und befreien. Im Laufe des Gespräches mit Norman Paech konnten die Teilnehmer viele bislang unbekannte Erkenntnisse über Afghanistan und die Rolle der Entwicklung dort für die Weltpolitik gewinnen.

Carolin Weingart

War die DDR antisemitisch?

Einseitige Bewertung kritisiert

„Antisemitismus in der DDR – mit oder ohne Fragezeichen?“ – zu diesem Thema hatte die AG Politische Bildung Treptow-Köpenick zu einer Veranstaltung mit dem ausgewiesenen Faschismusforscher Prof. Dr. Kurt Pätzold eingeladen. Anlass dafür war die von der Amadeu-Antonio-Stiftung angefertigte Wanderausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR“, die auch im Rathaus Köpenick zu sehen war.

Wie war es in der DDR? Die Frage, ob es in der DDR Antisemiten gegeben habe, muss man bejahen. Aber war der Staat antisemitisch? Hat er antisemitischen Vorurteilen Vorschub geleistet oder nichts gegen solche unternommen? Prof. Pätzold zeigte an Hand von Beispielen aus der Filmkunst, der Buchproduktion, der Lehre an Schulen und Hochschulen, der Presse und der Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, wie viel von staatlicher Seite zur Aufklärung der Bevölkerung getan wurde. Allerdings gab es auch Defizite in der wissenschaftlichen Forschung: Man war vor allem auf die Entlarvung der Täter fixiert und weniger auf die Opfer; die Leistungen der deutschen Juden auf dem Gebiet der Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft usw. wurden zu wenig beschrieben; die Auseinandersetzung mit der Mehr-

heit der Deutschen unter der Nazidiktatur wurde zu rasch eingestellt; es wurde so gut wie nichts auf lokaler Ebene erforscht. In den 80er Jahren gab es dann antisemitische Erscheinungen vor allem in Schulen und Fußballstadien sowie Friedhofsschändungen. Diese Vorfälle wurden öffentlich verschwiegen und nur lokal behandelt, um das Außenbild der DDR nicht zu beschädigen. Das kann nicht entschuldigt werden.

Eine Befragung im Jahre 1990 in Ost und West ergab, dass im Osten 4 Prozent antisemitisch eingestellt waren, in den Altbundesländern dagegen 16 Prozent.

In der anschließenden zum Teil sehr emotional geführten Diskussion wurden viele Einwände gegen diese Art der Delegitimierung der DDR vorgebracht. Mehrheitlich herrschte Konsens darüber, dass man die konzeptionellen Vorgaben für die Ausstellung und die einseitigen Bewertungen nicht billigen kann. Dies kann man aber nicht den Jugendlichen anlasten, die die Recherchen durchgeführt haben, sondern sie gehen zu Lasten der betreuenden Profis, von denen wohl auch die Texte stammen.

Erika Segendorf
AG Politische Bildung

Vielfalt tut gut

Lokaler Aktionsplan

Der Bezirk Treptow-Köpenick hat im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ Jugend für Vielfalt Toleranz und Demokratie einen Lokalen Aktionsplan Treptow-Köpenick entwickelt.

Für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans, werden für den Zeitraum von drei Jahren Fördermittel in Höhe von EUR 100.000,- pro Jahr durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitgestellt. Mit diesen Fördermitteln unterstützt der Bezirk Treptow-Köpenick die Durchführung von Einzelprojekten, die zur Erreichung der im Lokalen Aktionsplan definierten Ziele beitragen. Die maximale Fördersumme für ein Einzelprojekt beträgt EUR 20.000,- pro Förderjahr.

Der Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplans Treptow – Köpenick ruft hiermit zur Einreichung von Projektvorschlägen auf. Vorschläge für Projekte können ab sofort mit einer Antragsfrist zum 24. Oktober 2007 eingereicht werden.

**Informationen erteilt das bei Zentrum für Demokratie Treptow - Köpenick
Koordinierungsstelle Lokaler Aktionsplan
Treptow - Köpenick
z. Hd. Björn Malycha,
Sterndamm 102, 12487 Berlin**



Anschlag auf das Wahlbüro Gregor Gysi

Unbekannte hatten am vorletzten Septemberwochenende versucht, mit Steinwürfen die Scheibe im Wahlkreisbüro von Gregor Gysi in Niederschöneweide einzuwerfen, an der ein Plakat gegen den Bundeswehreinatz in Afghanistan hing. Die Scheibe wurde vermutlich durch Pflastersteine so schwer beschädigt, dass sie ausgetauscht werden muss. In perfider Weise hatten sich die Täter auch geoutet: Ein Aufkleber aus der breite Unterstützung findenden Aktion NO-NPD - NPD-Verbot jetzt wurde so ausgerissen, dass die Aufschrift „NPD jetzt“ blieb. Dieses Bekenntnis hinterließen die Täter direkt an der Scheibe.

Tram fährt weiter nach Schmöckwitz

Die Straßenbahnlinie 68 fährt auch in den kommenden Jahren weiter von Grünau bis Schmöckwitz. Bis 2011 sei der Bestand der Strecke gewährleistet, versicherte Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler den Bezirksverordneten in einem schriftlichen Zwischenbericht. Nach Angaben des Senats gehe der Nahverkehrsplan 2008-2009 vom Weiterbetrieb aller derzeit vorhandenen Straßenbahnstrecken aus. Eine Analyse des Streckenabschnitts nach Schmöckwitz habe darüber hinaus ergeben, dass durch Einrichtung einer Buslinie die Wirtschaftlichkeit auf der Strecke zumindest bis 2011 nicht erhöht würde.

Mietspiegel zum Vermieterspiegel mutiert

Es war wieder einmal soweit. Die AG Mieten/Wohnen beim Bezirksvorstand DIE LINKE Treptow-Köpenick hatte Vertreterinnen und Vertreter von Mieterbeiräten und Mietergemeinschaften eingeladen, um sich mit ihnen zu beraten. Aktueller Anlass war die Veröf-

fentlichung des neuen Mietspiegels, der ja bekanntermaßen für große Unruhe sorgt sowie für jede Menge Zorn gegenüber der Berliner Landesregierung. Der gut gefüllte Raum machte deutlich, dass dieses Thema vielen unter den Nägeln brennt.

Das wurde auch in der Debatte deutlich. Edith Lünser, ehemalige und langjährige Vorsitzende des Mietervereins in Köpenick machte die Veränderung im Mietspiegel und sich daraus ergebende Probleme für die Mieterinnen und Mieter deutlich und gab gleichzeitig wertvolle Tipps, wie sie sich gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen wehren können.

Leider, so das Fazit, ist aus dem Mietspiegel in den letzten Jahren immer mehr ein Vermieterspiegel geworden. Deshalb wurde des Öfteren schon die entsprechende politische Einflussnahme angemahnt. Aus diesem Grunde wird es am 21. November die nächste Veranstaltung geben, zu der dann auch politische Verantwortungsträger eingeladen werden. Gemeinsam soll beraten werden, wie aus dem Vermieterspiegel wieder ein Mietspiegel wird und was linke Politikerinnen und Politiker dafür tun können. Die Erwartungen sind hoch. *Bärbel Arlt, AG Mieten und Wohnen*

Flughafen-Impulse

In der Veranstaltungsreihe „Perspektiven für Berlin?“ findet am Dienstag, 30. Oktober, um 18 Uhr eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Impulse des Großprojektes Flughafen Berlin-Brandenburg-International für die regionale Wirtschaft in Berlin und Brandenburg“ statt.

An der Veranstaltung im Besucherzentrum des Flughafens Schönefeld nehmen teil: Dr. Volkmar Strauch, Staatssekretär (ange-

fragt), Rolf Kunkel, Sprecher Berliner Flughäfen, Herbert Vogler, Leiter der Struktur und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH, Manfred Sander, Wirtschaftsförderung Bezirksamt Treptow-Köpenick.

Moderation: Jörg Stauder.

Veranstalter sind die in der „Berlin-AG“ vereinten Partner RLS Berlin, kommunalpolitisches forum e.V. berlin und die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Internetauftritt

Ab sofort können Sie mich auch im Internet unter www.uwe-doering.de erreichen. Dort finden Sie aktuelle Informationen zu meiner Politik, die Publikationen „Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus“ zum Herunterladen, Persönliches und Privates und aktuelle Termine zu Sprechstunden. Momentan arbeite ich noch an einigen Feinheiten. Sollten sie Anregungen, Hinweise oder Kritik haben, teilen Sie mir diese doch bitte über die üblichen Kontaktwege mit, oder nehmen Sie Kontakt zu mir über die neue Internetseite auf. Ich freue mich auf Ihren Besuch.

*Uwe Doering, MdA
Parlamentarischer Geschäftsführer,
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus
von Berlin*

Bürgersprechstunden

Mittwoch 21. November 17-18.30 Uhr,
im Bürgerzentrum Altglienicke, Ortolfstr.,
Mit Uwe Doering, MdA.

Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28,
12439 Berlin
Tel.: 030-63 22 43 57
Fax: 030-63 22 43 58

nächste Sprechstunde

am 30. Oktober
in der Zeit von
14.00 - 18.00 Uhr
Anmeldung erbeten





Köpenicker Spaziergänge

Der rote Platz am roten Rathaus

So bot sich mir die Köpenicker Altstadt noch nie, wie an jenem schönen Sommertag im August 2007. Bei spätsommerlicher Nachmittagssonne schritt ich durch die Gassen, vernahm überall Musik – sah viele bummelnde, staunende Leute, las plötzlich „KaiAK“ und stand auf einem roten Platz am Ende der Rosenstraße. Ein Aufsteller vor der Showbühne verriet: „KaiAK = Kunst + Architektur in Alt Köpenick präsentiert an verschiedenen Orten in der Altstadt vier von internationalen Künstlern, Landschaftsplanern und Architekten gestaltete Stadtkunstprojekte“. Das soll einmalig und konkur-

renzlos für Berlin sein. Während der Eröffnungsveranstaltung an jenem 25. August wünschte deshalb Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler nicht zu Unrecht allen Besuchern viel Spaß beim Nutzen der Aufsehen erregenden Kunstprojekte hier in der Köpenicker Altstadt.“

So ermutigt und kulturell eingestimmt besuchte ich nach und nach all diese Orte: das Garten Duett mit Licht- und Schattengärten am Alten Markt und in der Lüderstraße, das „Netz“ - eine große fischernetz-ähnliche Hängeleiter zum Spielen und Ausgucken in der Grünstraße und den roten

„Marktplatz“ mit Riesenschirm in der Rosenstraße/Ecke Kirchstraße.

Ich erfuhr so vor Ort, dass diese Werke innerhalb von nur zwei Jahren in drei Projektphasen im Dialog mit Bewohnern, Akteuren der Altstadt erschaffen wurden. Mir boten sich neue, ungeahnte Möglichkeiten, diesen Stadtraum zu erkunden, über die gestalterische Nutzung ehemaliger Baulücken und Freiflächen nachzudenken. Und mir gefiel was ich sah, was da entstanden ist zum Flanieren und Erkunden. Diese eigenwilligen Anziehungspunkte und Diskussionsräume sollen bald durch Aktionen und Events mit Leben erfüllt werden. Noch im Herbst beginnt das Schloßplatztheater das „Garten Duett“ Open Air zu bespielen. Im Spätherbst wird die Aufstellung der „Wilden Pferde“ am Schlossplatz das KaiAK-Projekt abschließen. Musikalische Klänge und Menschenströme schoben mich immer weiter vom Kulturprogramm unterm großen Schirm hin zum „Katzengrabenfest“ mit Rockmusik und Markttreiben. Es schien mir, als würde mit Kultur- und Kunstprojekten eine Art Brücke zwischen alter und neuer Altstadt geschlagen. Und so zufrieden, endete mein Spaziergang am Schüllerplatz. Dort lauschte ich noch einem feinen Konzert im Hofgarten der Mediathek.

Fazit: Es lohnt sich, einzutreten in den Dialog mit KaiAK in der Köpenicker Altstadt. Kunst gibt der Insel ihre Mitte.

Karin Franzke



Der andere 11. September

ist jener Tag, an dem vor 34 Jahren der Versuch, auf demokratischem Wege eine sozialistische Gesellschaft in der Republik Chile zu etablieren, scheiterte. Der von Kommunisten und Sozialisten des Landes unterstützte und 1971 frei gewählte erste sozialistische Präsident Chiles, Dr. Salvador Allende, kam am morgen des 1. Putsch-

tages ums Leben. Der von General Pinochet angeführte und von der CIA mehr als unterstützte Militärputsch machte diesen Chilenischen Traum brutal zunichte. Bewohner des Allende-Viertels in Köpenick legten nun am Jahrestag Blumen an den Gedenkstein für Pablo Neruda. Der Literaturnobelpreisträger war ein Freund und Kampfgefährte Allendes.

Karin Franzke

Umlage auf Miete unzulässig

Spätere Änderung darf nicht zu erhöhten Beiträgen führen

Interview mit Bürgerdeputierten Ernst Welters

Der Ausbau der Wendenschlossstraße ist seit Monaten emotionsgeladener Gesprächsstoff. Wir berichteten darüber auch in der September-Ausgabe.

Mittlerweile wurden die „Beitragspflichtigen“ über Art und Umfang der Baumaßnahme sowie über die voraussichtlich anfallenden Beiträge gemäß Straßenausbaubeitragsgesetz informiert.

blättchen sprach dazu mit Ernst Welters, Bürgerdeputierter der Linksfraktion im Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr.

Bl: Was soll in der Wendenschlossstraße passieren?

Ernst Welters: Zwischen Müggelheimer und Salvador-Allende-Straße soll die Fahrbahn erneuert und die Gehwege so dimensioniert werden, dass eine gemeinsame Nutzung von Radfahrern und Fußgängern möglich ist. Getrennte Geh- und Radwege lässt die geringe Straßenbreite nicht zu. Die verschlissene Straßenbeleuchtung soll ersetzt werden. Mit der Reparatur der Wendenschlossbrücke und dem Abriss der Nitritfabrikbrücke wird auch der Zugang zum Park am Stichkanal neu gestaltet. Zwischen Wendenschlossbrücke und Salvador-Allende-Strasse ist ein Baumstreifen geplant. An der Einmündung in die Salvador-Allende-Strasse sollen nur noch zwei Fahrspuren eingerichtet werden.

Bl: Bei den Anliegern kommt diesbezüglich wenig Freude auf, noch dazu, weil die Baumaßnahme unter das Straßenausbaubeitragsgesetz fällt.

Welters: Mieter sind generell nicht betroffen. Eine Umlage der erhobenen Beiträge auf die Miete ist unzulässig. Es betrifft also nur die Eigentümer. Sie sind beitragspflichtig.

Ob es sich bei den Kleingärten um kleingärtnerisch genutzte Flächen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes handelt, wird zurzeit noch geprüft. Dann wären die Pächter ebenfalls nicht betroffen.

Bl: Wer zahlt, sollte auch mitreden dürfen.

Welters: Es hat eine Anhörung der so genannten Beitragspflichtigen gegeben. 35 Personen haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Planungsunterlagen einzusehen. Es gibt insgesamt 22 schriftliche Stellungnahmen von Beitragspflichtigen und sonstigen Betroffenen. Bei 107 Anliegergrundstücken ist das nicht gerade viel.

Die meisten lehnen eine Kostenbeteiligung ab. Weitere Einwendungen richten sich gegen die gemeinsame Nutzung der Gehwege von Fußgängern und Radfahrern, andere befürchten den Wegfall von Parkmöglichkeiten. Die Wohnungsgenossenschaft „Amtsfeld“ stimmt dem Bauvorhaben übrigens zu, obwohl eine Mieterumfrage das Gegenteil ergab.

Bl: Es gibt dort einen sehr hohen Parkbedarf. Wie wird der berücksichtigt?

Welters: Zurzeit gibt es da 300 Parkplätze. Nach dem Umbau werden es 260 sein. Das ungeordnete Parken auf der unbefestigten Fläche vor den Kleingärten fällt allerdings weg.

Bl: Wie sieht die Linksfraktion den Ausbau der Wendenschlossstrasse?

Welters: Zunächst hatten wir der Investitionsmaßnahme bereits zugestimmt als das Straßenausbaubeitragsgesetz noch nicht in Kraft war. Wir sehen den Ausbau im Zuge der Altstadtumfahrung als notwendig an, allerdings als verkehrsberuhigte Strasse unter Beibehaltung des ÖPNV. Den geplanten Radweg haben wir als Bestandteil unseres überörtlichen Radwegenetzes eingefordert. Damit würde er im öffentlichen Interesse liegen wäre nicht beitragspflichtig. Das Straßenausbaubeitragsgesetz lässt unserer Meinung nach diesen Spielraum zu.

Bl: Und wie sehen Sie den aktuellen Beschlussantrag?

Welters: Wir haben uns gründlich mit den Planungsunterlagen auseinandergesetzt und durchgesetzt, dass wir uns in zwei Ausschusssitzungen mit ihnen befassen. Es sind solide Unterlagen. Wir werben aber bei den anderen Parteien um eine konditionierte Zustimmung.

Bl: Was heißt das?

Welters: Wir wollen, dass die bisher benannte Beteiligungssumme festgeschrieben wird, so dass Baukostensteigerungen nicht zu erhöhten Zuzahlungen führen. Wir wollen eine vorherige abschließende Klärung der zu berücksichtigten Grundstücke und es soll ausgeschlossen werden, dass eine spätere Änderung Klassifizierung der Strasse zu weiteren zusätzlichen Beiträgen führt. Und wir hoffen, für einen entsprechenden Antrag Mehrheiten in der BVV zu finden.

Wer mitbezahlt soll auch mitentscheiden

Auf einen Antrag der CDU im Abgeordnetenhaus, das Straßenausbaubeitragsgesetz abzuschaffen antwortete der Köpenicker Uwe Doering, Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE im Abgeordnetenhaus u.a.:

Was das Berliner Gesetz von anderen unterscheidet, ist die Beteiligungsregelung für die beitragspflichtigen Bürger. Hier sind wir vorbildlich. Solche Regelungen gibt es in anderen Bundesländern nicht. Deshalb sehen wir keinen Grund den CDU-Antrag zu folgen. ...

Das Anliegen des Gesetzes beim Straßenausbau eine wirksame Beteiligung der beitragspflichtigen Bürger zu sichern, hat offensichtlich noch nicht alle Amtsstuben erreicht. So kann es nicht bleiben. In das Handeln jeder Verwaltung muss schnellstens der Gedanke einziehen, dass derjenige mitentscheiden soll, der mitbezahlt. Wer sich mit den aktuellen Vorgängen in den Bezirken befasst, wird feststellen, dass es die unterschiedlichsten Auslegungen des Gesetzes gibt. Schon bei der Begrifflichkeit geht es drunter und drüber. In einer Baubeschreibung für eine Straße in Altglienicke wird beispielsweise von einem Neubau der Straße gesprochen. Die Anlieger werden aber im Sinne des Straßenausbaubeitragsgesetzes darüber informiert, dass sie an den Baukosten beteiligt werden. Die Straße muss aber nicht neu gebaut werden, da sie schon seit längerer Zeit existiert und der weitaus größte Teil der Straßendecke im Zuge von Arbeiten der Berliner Wasserbetriebe vor gut vier Jahren erneuert wurde. Der Neubau der Straße wird mit der ständig voranschreitenden Bebauung und der damit einhergehenden Zunahme des Verkehrsaufkommens im Wohngebiet begründet. Die betreffende Straße ist eine typische Anliegerstraße. Von größerem Verkehrsaufkommen ist weit und breit nichts zu sehen. Nachfragen der Bürger beim zuständigen Amt, was eine entsprechende Verkehrszählung erbracht hätte, konnten oder wollten von der zuständigen Behörde nicht beantwortet werden. Bürgerbeteiligung sieht nach meiner Auffassung anders aus.

Bekannt ist auch die Haltung einiger Baustadträte. Das geht quer durch die Parteien, auch bis zur CDU, dass das Beteiligungsverfahren als eher lästig und nicht notwendig angesehen wird.

Ich betone noch einmal: Im Straßenausbaubeitragsgesetz ist eindeutig geregelt, dass eine Informations- und Anhörungspflicht besteht und die Einwände und Äußerungen der beitragspflichtigen Bürger in die Entscheidung über die Ausbaumaßnahme einzubeziehen sind.



Anlässlich des 100. Geburtstages: Emilie Schindler - eine unbesungene Heldin

Vom 17. Oktober bis 30. November 2007 ist im Kulturzentrum Adlershof - Bürgersaal eine Ausstellung über eine ungewöhnliche Frau zu sehen.

Spätestens seit Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“ kennt man den Namen Oskar Schindler. Dabei standen im Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema bislang in erster Linie die Bemühungen Oskar Schindlers um die Rettung der ihm anvertrauten jüdischen Zwangsarbeiter. Die Hilfe seiner damaligen Ehefrau, Emilie Schindler, wurde in diesem Zusammenhang nur wenig berücksichtigt. Nach Ende des Krieges lebte Emilie Schindler Jahrzehnte nahezu vergessen und in gro-

ßer Armut in Argentinien. Die ebenfalls in Argentinien lebende Journalistin und Professorin Erika Rosenberg entdeckte dies im Zuge einer Recherche zu ihrer eigenen Biografie und begleitete Emilie Schindler in den letzten 11 Jahren vor ihrem Tod im Jahr 2001.

So entstanden, neben einer freundschaftlichen Beziehung, unzählige Tonbandprotokolle über das Leben von Oskar und Emilie Schindler und sie wurde zur Biografin des Ehepaares. Frau Rosenberg veröffentlichte unter anderem die Bücher „Ich, Emilie Schindler. Erinnerungen einer Unbeugsamen“ und „Ich, Oskar Schindler. Die persönlichen Aufzeichnungen, Briefe und Dokumente“.

Mit dieser Ausstellung wird das Leben von Emilie Schindler gewürdigt, einer unbeugsamen Frau, die am 22. Oktober 2007 100 Jahre alt geworden wäre.

Gezeigt werden unter anderem Dokumente, Fotos und weitere Exponate aus dem Leben des Ehepaares, darunter auch eine Kopie der berühmten Liste Oskar Schindlers. Das Original dieser Liste wurde erst 1997 auf einem Dachboden in Hildesheim, wo Oskar Schindler 1974 starb, wieder entdeckt. Auf ihr verzeichnet sind Namen von 1.200 jüdischen Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkrieges in Schindlers Metallfabrik arbeiteten. Mit Hilfe etwa von Bestechung hochrangiger NS-Funktionäre konnte das Ehepaar Schindler alle vor der Ermordung in den Vernichtungslagern retten.

Die Ausstellung ist täglich von 12-14 Uhr, zu den Veranstaltungen und nach Vereinbarung geöffnet.

Am Mittwoch, 17. Oktober 2007, findet um 19.00 Uhr eine Eröffnungsveranstaltung statt. Frau Prof. Erika Rosenberg ist anwesend und wird eine Einführung geben. Die Biografien können zur Veranstaltung käuflich erworben werden.



Im Herbig Verlag erschienen: die Erinnerungen von Emilie Schindler

Rot-Weiß ist nicht Braun

Kein Platz für Rassisten in der Alten Försterei

In letzter Zeit gab es häufiger in Medien Vorwürfe, im Stadion An der Alten Försterei wären zahlreiche Rechtsradikale Besucher. Auslöser der aufkeimenden Debatte über das Verhalten einzelner Gäste des 1. FC Union Berlin waren politisch motivierte Sprüche und Gewaltandrohungen gegenüber Fans und Zuschauern.

Der 1. FC Union Berlin e.V. wies in diesem Zusammenhang in einer Presseerklärung darauf hin, dass sich der Verein von jeglichem Extremismus und asozialem Verhalten distanziert. Laut der Stadionordnung § 5 muss „das Recht aller Personen auf Nicht-

diskriminierung, unabhängig der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Ausrichtung, [...] durch die Besucher des Stadions An der Alten Försterei anerkannt [werden]“.

Auf der turnusmäßigen Sitzung von Präsidium und FuMA-Vorstand am 18.09.2007 wurde vereinbart, gemeinsam ein Positionspapier mit Maßnahmen zur zukünftigen Vermeidung dazu zu entwerfen. In der Presseerklärung heißt es unter anderen:

„Der Ordnungsdienst wird angewiesen, verstärkt auf diese Tendenzen zu achten und

Verstöße gegen die Stadionordnung und die Werte des 1. FC Union Berlin konsequent zu bestrafen. Wir bitten auch die Fans um Zivilcourage und darüber hinaus unser Stammpublikum, die Verantwortlichen des 1. FC Union Berlin e.V. vor, während und nach dem Spiel dabei aktiv zu unterstützen, solche Vorkommnisse zukünftig zu vermeiden. Wir lassen uns unsere positive Fußballatmosphäre nicht durch das Fehlverhalten einer Minderheit zerstören,“ stellt Dirk Zingler unmissverständlich klar.

Der Präsident ist in der vom Deutschen Fußball-Bund ins Leben gerufenen „Task Force“ für Toleranz, gegen Rassismus und Diskriminierung vertreten und fordert alle Unioner auf, diese Werte gemeinsam im Stadion An der Alten Försterei aber auch bei Auswärtsfahrten des Vereins vorzuleben und auf deren Einhaltung zu achten.

Keine Ablehnung mit nur symbolischer Wirkung

Rede des Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE
in der BVV Treptow-Köpenick

DOKUMENTATION

Herr Vorsteher,

meine Damen und Herren,

das Motto der Zumessungspolitik des Landes gegenüber seinen Bezirken lautete „Zwei Schritte zurück, einen nach vorn“ oder vielleicht besser „fünf zurück und anderthalb nach vorn“.

Um nicht missverstanden zu werden, die Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung war ein Erfolg. Aber da die Preise für die Leistungen der Träger in diesem Bereich steigen werden und trotz erfolgreicher Umsteuerungsmaßnahmen, die sozialräumliche Ausrichtung der Jugendhilfe und einer Stärkung des günstigeren ambulanten Bereichs, eine Abfederungszusage für Mehrausgaben durch den Senat nicht erreicht werden konnte, bleibt ein erhebliches Risiko bestehen, das nicht auf dem Rücken der betroffenen Kinder und Jugendlichen ausgetragen werden darf.

Die den Senat bildenden Parteien, und dazu gehört ja auch meine, haben in ihrer Koalitionsvereinbarung einen Abbau des Personals entsprechend der Fluktuationsrate beschlossen. Die Vorgaben der Finanzverwaltung an die Bezirke gingen aber deutlich darüber hinaus. Und nimmt man zusätzliche Aufgaben für die Bezirke, die Durchsetzung des Rauchverbots, die Unterbindung von Alkohol-Flat-Rate-Partys, Kinderschutzkoordination, IT-Wartung an Schulen und die Einführung der Umweltzone hinzu, dann bleibt die Reduzierung der Kürzungsvorgaben um 25 Millionen auch nur in der Binnenlogik ein Erfolg, den es trotzdem zu würdigen gilt.

Die Eigenverantwortung der Bezirke bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, die Ausdruck im Globalsummensystem findet, wird in gewohnt pädagogischer Weise durch vorgegebene Planmengen und Mindestveranschlagungen ausgehöhlt. Es ist ja auch klar, wenn man den Bezirken nicht bestimmte Ausgaben für die Hochbauunterhaltung vorgeben würde, wären bezirkliche Immobilien dem stetigen Verfall preisgegeben. Und ohne Vorgabe im Lehr- und Lernmittelbereich würden die Schulen auf Steinzeitniveau ausgestattet. Durch unrealistisch hohe Einnahmenvorgaben, durch die Kürzung von Personalmitteln, durch geringe Steuerungsmöglichkeiten dank Mindestveranschlagungen entstehen Zwänge.

Zwänge, die zur Veräußerungen von bezirk-

lichen Immobilien oder zum Outsourcing von Aufgaben an private oder an Landesunternehmen führen. Die Schwächung der Bezirke ist daher keine vorübergehende für zwei Haushaltsjahre, sondern sie ist vielmehr strukturell und nachhaltig.

Bei allen schönen Reden des Finanzsenators gewinnt man als Bezirkspolitiker in der Haushaltsrealität eben doch den Eindruck, für die Hauptverwaltungen gelten vor allem die Steuer Mehreinnahmen in Folge der hervorragenden konjunkturellen Entwicklung und der Mehrwertsteuererhöhung. Für die Bezirksverwaltungen dagegen gilt die Haushaltsnotlage, die durch die Niederlage in Karlsruhe noch verschärft wurde. Der vorliegende Haushalt kann dann eben doch Anlass sein, aufgeregt aber ernsthaft darüber zu streiten, was Bezirke künftig leisten sollen und welche Funktion sie haben. Ich glaube, eine solche Debatte muss über Änderungswünsche am Zumessungssystem weit hinausgehen.

Für die Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick hat dieser Haushalt spürbare Folgen: weitere Einschnitte in der Pflege und Unterhaltung von Grünflächen, Vereine, Tourismusverein oder Lokale Agenda 21, werden mit geringeren Zuwendungen auskommen müssen, wie die pauschale Minderausgabe im Bibliotheksbereich aufgelöst wird ist noch völlig offen.

Damit bin ich bei einem Punkt, der in meiner Fraktion Verärgerung ausgelöst hat. Zunächst wird mal völlig konzeptionslos das Aus der Bibliothek in der Schnellerstraße verkündet, was aber auch eben so schnell wieder rückgängig gemacht wird. Ob am Bau der Mittelpunktsbibliotheken festgehalten wird, scheint völlig offen. Und auf Nachfrage erklärt der zuständige Bezirksstadtrat, er könne keine Risiken in seinen Kapiteln im Haushalt erkennen. Fragen zum Sportbereich sind auch, obwohl sie zum zweiten Mal gestellt wurden, offen geblieben.

Mir ist klar, dass Herrn Simdorns Job nicht immer vergnügungssteuerpflichtig ist, aber mein Mitleid hält sich in Grenzen. Ich erwarte, dass er uns da künftig etwas mehr Ernsthaftigkeit spüren lässt und dass er einen Bibliotheksentwicklungsplan vorlegt, der den haushaltmäßigen Realitäten entspricht. Nicht zuletzt darin ist es begründet, dass meine Fraktion dem Haushalt nicht geschlossen zustimmen kann.

Ich mache daraus gar keinen Hehl - die von mir vorgetragene Kritik an der eigenen

Landesregierung erleichtert uns unsere Entscheidung über das Abstimmungsverhalten nicht. Das in der Farbenlehre rot-rot-grün einsortierte Friedrichshain-Kreuzberg hat deshalb gestern den Haushalt abgelehnt. Wenn sich meine Fraktion dem Haushalt dennoch nicht entgegenstellt, dann vor allem deshalb, weil wir die verbliebenen Spielräume richtig genutzt und Prioritäten richtig gesetzt sehen, nämlich im Jugend- und Schulbereich, aber auch beim Erhalt Freizeittätten für Seniorinnen und Senioren. Es ist demografische Gewissheit, dass die Zukunft der Jugend und den Seniorinnen und Senioren gehört.

Es wäre falsch, den Haushalt aus nachvollziehbarer Verärgerung über die Senatsfinanzverwaltung, aber letztlich nur symbolischer Wirkung abzulehnen.

Berührungen

Gisela Steineckert, geb. 1931, zählt noch heute zu den bekanntesten

Lyrikerinnen in (Ost)Deutschland. Sie hat gerade ihr 41. Buch veröffentlicht! Bekannt wurde sie vielen, indem sie u.a. für Veronika Fischer die Texte für ihre Lieder schrieb und schreibt. Lesenswert sind auch ihre Prosatexte, in denen sie von den Freuden und Leiden menschlichen Miteinanders erzählt. Feine Ironie, unglaublicher Sprachwitz und vor allem einen tiefen Sinn zeichnen ihre Werke aus.

Am 26.10.07 wird Gisela Steineckert, gemeinsam mit der Sängerin Gabi Rückert in „Hahns Mühle“, in Berlin-Friedrichshagen, eine musikalisch-literarische Lesung mit dem Titel „Berührungen“ abhalten. Beginn: 19.30 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr. Für Speis und Trank wird gesorgt

Die CDU in Friedrichshagen hat schon angekündigt, dass man diese Veranstaltung „nicht besuchen wird“. Vielleicht ein Grund mehr, zu kommen.

Kartenvorbestellung unter: 030-64 53 970 oder info@hahnsmuehle.de

Schule mit Courage

Am 1. Oktober 2007 war es so weit. In Anwesenheit ihres Schulpaten Dr. Gregor Gysi wurde die Gebrüder-Montgolfier-Schule offiziell in den Verband der Schulen aufgenommen, die sich deutlich gegen Rassismus aussprechen. Die Plakette, die nach den Renovierungsarbeiten das Gebäude im Ellernweg 20 schmücken wird, wurde durch ein Mitglied der Organisation „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ verliehen. Den Festakt, der im Cabuwazi-Zelt stattfindet, gestalteten Schülerinnen und Schüler der Klasse 9a, und litauische Gäste.



BRIEFE AN DIE REDAKTION

Seit Jahren aktiv für Erhalt der Gärten

Beim Lesen des im blättchen Nr. 131 abgedruckten Interview mit Herrn Thiem entsteht der Eindruck, dass sich die Linke erst seit drei Jahren mit dem Thema Erhalt des Grünen Dreiecks Späthsfelde befasst. Dies ist nicht so. Wir haben uns seit Bekanntwerden der Pläne zum vierspurigen Neubau der Süd-Ostverbindung (SOV) gegen die damit verbundene Schleifung der Kleingartenanlagen ausgesprochen. Unsere Partei hier vor Ort hat sich in einer Vielzahl von Aktivitäten gegen den Bau der SOV in der sogenannten Mittellage im Bereich Späthsfelde ausgesprochen. Weiterhin haben wir uns für durchaus zuständig erklärt und Planungen zum Bau der SOV in der BVV und im Stadtplanungsausschuss, welche den vierspurigen Ausbau in Späthsfelde zum Inhalt haben, abgelehnt. Wir sind im ständigen Kontakt mit den Kleingärtnern um im Rahmen unserer Möglichkeiten die überzogenen Planungen zu verhindern. Dies geschieht durch Thematisierung des Projektes im Stadtplanungs- und Verkehrsausschuss der BVV seit Jahren, aber auch durch Anfragen an das Bezirksamt. Der seit Jahren anhaltende ständige Kontakt mit der Bürgerinitiative durch den fachpolitischen Sprecher für Stadtplanung und Verkehr hat aus meiner Sicht mehr bewirkt als nur verbale Absichtserklärungen. Aus diesem Grunde zweifelt Die Linke auch die Verkehrsprognose, welche den vierspurigen Ausbau, stützt an und wird dazu auch zukünftig Aktivitäten zur Überprüfung der Verkehrsprognosen verlangen.

Udo Franzke, Sprecher für Stadtplanung und Verkehr der Linksfraktion in Treptow-Köpenick, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Verkehr

Die Redaktion des „blättchen“ freut sich über jede Anregung, Kritik und Meinungsäußerung. Soweit möglich, versuchen wir diese auch im Heft unterzubringen, bitten aber um Verständnis, wenn dies nicht immer möglich ist. Bitte fassen Sie sich kurz. Ansonsten behält sich die Redaktion Kürzungen vor.

Zuschriften an: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin. oder per e-mail: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de

Zurück zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit

Als ich 1945 in die SPD eintrat, konnte ich nicht ahnen, welche Entwicklung nach 60 Jahren bei der SPD abzeichnen würde. Vorausschicken möchten ich, daß ich bereits mit sechzehn-einhalb Jahren zum Arbeitsdienst, später in der Wehrmacht das großdeutsche Reich verteidigen mußte und dann in sowjetische Gefangenschaft geriet.

Aus dieser Erkenntnis heraus, dass so etwas Schreckliches nie mehr passieren darf, wurde ich Mitglied, um für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

Das was zur Zeit geschieht, wo die Gesellschaft immer mehr auseinander fällt und die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr unendliche Ausmaße erreicht, ist kaum zu begreifen. Wo das Gegenteil von dem passiert, was wir uns damals auf die Fahnen geschrieben hatten: „Nie wieder Krieg, keine Waffen in die Hand nehmen, Zerschlagung der Produktionsstätten, wo sie hergestellt wurden.“ Bertolt Brecht, deutscher Dramatiker von Weltformat und noch unserer Zeitgenosse, bilanzierte: „Vierzig Jahre unter den Menschen haben mich ständig gelehrt, dass sie der Vernunft nicht zugänglich sind.“

Man hat die gewaltigen Verbrechen und Katastrophen des Nazikrieges vergessen und kann nicht genug daran erinnern, wie Menschen, Väter und Söhne, für eine sinnlose Sache ihr Leben lassen mussten. 55 Millionen Tote, davon 20 Millionen in der Sowjetunion, mit hunderttausenden Frauen und Kindern. Dieses Miterleben verlangt endlich korrekter wahrheitsgetreuer Bewertung deutscher Geschichte.

Kommen wir zurück zum Frieden, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Haben wir denn einen Frieden? Der Friede sollte bei uns beginnen. Nicht, dass wir Waffen und Munition in andere Länder verkaufen, damit die Völker sich gegenseitig umbringen. Der Terror wächst, ständig, unübersehbar. (letzte Begebenheit England).

Es muss Schluss sein, dass deutsche Soldaten nach Afghanistan geschickt werden, um den Frieden zu sichern, Tornados als Kampfflugzeuge Aufklärungsflüge veranstalten. So dumm kann doch niemand sein, um dem Glauben zu schenken.

Ob es die neuentwickelten Reformen in ihrer schlechten Interpretation sind und völlig unausgereift dem Volk dargeboten werden, oder es sind unausgegrenzte Maßnahmen, die den Menschen jegliches Vertrauen zu dieser Regierung nehmen.

Die Nähe zum Bürger, keine Lügen, sondern die Wahrheit setzt eine soziale Gerechtigkeit voraus.

**Karl-Heinz Bobkowski,
Mitglied der Partei DIE LINKE aus Köpenick.**

Kein Orden für Eberhard Diepgen

In unserer Mitgliederversammlung am 20.09.07 diskutierten wir u.a. über den Vorschlag des Senats zur Verleihung des Verdienstordens des Landes Berlin an Eberhard Diepgen. Alle anwesenden Genossen äußerten ihr tiefes Unverständnis darüber, wie man Herrn Diepgen „in Anerkennung und Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt Berlin“ vorschlagen konnte. Wenn der regierende Bürgermeister damit beim Ex-Koalitionspartner event. um „Schönwetter“ wirbt, ist das eine Sache. Aber völlig unakzeptabel ist das Einverständnis von Senatoren der LINKEN. Ist es vergessen, dass Herr Diepgen neben Landowski einer der Hauptverantwortlichen für die Entstehung und Ausbreitung des sogenannten Berliner Filzes war und die noch jahrelang auf allen Berlinern lastende Verschuldung Berlins maßgeblich verursacht hat? Der dadurch entstandene marode Haushalt behindert auch weiterhin die Bemühungen der jetzigen Koalition um Verbesserung insbesondere der sozialen Bedingungen für viele Menschen in Berlin.

Als Dank dafür soll einem der Verursacher oder mindestens Dulder der Misswirtschaft der Verdienstorden des Landes Berlin angeheftet werden? Das kann man den Bürgern unserer Stadt nicht erklären. Wir fordern, dass der Landesvorstand der LINKEN, die Fraktion im Abgeordnetenhaus, einschließlich unserer Senatoren, ohne Rücksicht auf den Koalitionspartner diesen Vorschlag eindeutig ablehnen. Eine Stimmenthaltung würde hier defacto Zustimmung bedeuten. Der Landesvorstand sollte sich dafür einsetzen, dass eine eventuell von den Senatoren der LINKEN bereits gegebene Zustimmung zum Vorschlag Diepgen zurückgezogen wird. Ansonsten befürchten wir, dass unsere Wähler und viele andere ehrliche Berliner zur nächsten Abgeordnetenhauswahl uns ihre Quittung präsentieren werden.

Dr. Rudolf Schoob für den Vorstand der Basisorganisation 601, Treptow/Köpenick

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten des „blättchen“ decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiterhin um Unterstützung, per Überweisung, unter:
Empfänger: Die Linkspartei.PDS - LV Berlin
Konto: 4384816800
BLZ: 10020000 Berliner Bank AG
Verw.: 810-502
oder direkt in beiden Geschäftsstellen.
Vielen Dank!

Wir gratulieren

im Oktober zum Geburtstag

- 97. Reinhard Mangelsdorff
- 95. Erwin Schulz
- 93. Velleda Stoll
- 90. Irmgard Brink
- 85. Ursula Priess, Ingeburg Starke, Bodo Lipke, Rolf Werner
- 80. Lore Krajewski, Dieter Krebs, Manfred Strutz, Paul Ziegler

- 75. Willy Fathke, Gerhard Klahn, Erich Kripstädt, Horst Rudolph, Günter Wagner
- 70. Gisela Dietze, Thea Klepzig, Bruno Baumgärtner

nachträglich zum Geburtstag

- 80. Gerda Freyer
Karl-Heinz Bobkowski



TERMINE OKTOBER / NOVEMBER

- SA 06.10. 10:30** Frühschoppen mit Armin Stolper zu seinem Buch: „Meine geliebte stolze Republik“, *Gaststätte „Zur Tankstelle“*
- MO 08.10. 15:00** AG Seniorenpolitik, *Brückenstraße 28*
- DI 09.10. 18:30** Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE, *Allendeweg 1*
- MI 10.10. 18:00** Christa Lewek – kompetent und unbequem. Eine Frau im Bund der evangelischen Kirche der DDR. Diskussionsveranstaltung des BdA Treptow mit Buch-Herausgeber Joachim Heise, *Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275*
- MO 15.10. 18:00** Beratung der AG Stadtplanung mit Vertretern der Ortsteile, *Allendeweg 1*
- MI 17.10. 14:00** AG Mieten/Wohnen, *Rathaus Köpenick, Raum 107*
- SA 20.10. 15:00** „Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen“. Lesung und Gespräch mit Peter Hochmuth, *Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche, Puchanstrasse (BdA-Köpenick)*
- DI 23.10. 18:30** Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE, *Allendeweg 1*
- MI 24.10. 18:00** In memoriam Dora Schaul – über die in Frankreich geehrte Widerstandskämpferin berichtet ihr Sohn Peter Schaul, *Begegnungsstätte PRO (BdA Treptow), Kieffholzstraße 275*
- DO 25.10 18:30** Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE mit Vertre-

ter/innen von Vereinen, Verbänden und Initiativen Thema: „Die Linke als Bürgerrechtspartei und Erfahrungsaustausch über bürgerschaftliche Mitbestimmung im Bezirk Treptow-Köpenick“.

mit Dr. Petra Brangsch und Minka Dott, *in der Alten Schule Dörpfeldstraße*

- FR 26.10. 10:00** AG Politische Bildung, *Allendeweg 1*

- SO 28.10. 10:00** Polit. Frühschoppen mit Senatorin Heidi Knake-Werner, *Köpenicker Fischerhütte, Wendenschlossstr. 60 D*

- MI 31.10 18:30** Gute Bildung - nur für Reiche? Diskussion mit Karin Kant, MdBBV und Marko Tesch, Bezirksvorsitzender der LINKEN Treptow-Köpenick über Lehrerausstattung, Schuldistanz, Essengeldbeiträge, Hartz IV und Schule, *Alte Turnhalle /VHS-Plönzeile in Oberschöneeweide*

- SA 03.11. 10:30** Polit. Frühschoppen mit Marion Platta: Wie grün muss DIE LINKE sein? *Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße, Spindlersfeld*
- MO 05.11. 17:00** Basistreffen/Beratung der BO-Vorsitzenden, *Rathaus Köpenick*

Termine für den blättchen-Kalender

bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder per Email an: petra.reichardt@pds-berlin.de

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Telefon (030) 6432 9776
Fax (030) 6432 9792
E-Mail: pds-koepenick@t-online.de
Öffnungszeiten:

Montag	nach Vereinbarung,
Dienstag	von 10.00 bis 18.00 Uhr,
Mittwoch	von 13.00 bis 16.00 Uhr,
Donnerstag	von 10.00 bis 16.00 Uhr,
Freitag	von 10.00 bis 13.00 Uhr.

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Telefon (030) 532 89 22
Fax (030) 6310 4241
Öffnungszeiten:
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr,

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon/Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 6172 4161
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechstunden jeden
Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr,
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr.

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Telefon (030) 63224357
Fax (030) 63224358
Sprechzeiten
Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

Ortsteilkonferenzen

In den nächsten sechs Monaten sollen in allen Ortsteilen des Bezirksverbandes Ortsteilkonferenzen stattfinden. Sie sollen ein Instrument des Erfahrungsaustausches zwischen Bezirksvorstand und den politischen Akteuren in den BOen und OT sein.

IMPRESSUM

Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
V.i.S.d.P.: Karl Forster
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung
Redaktionsschluss: 26. September 2007
Ausgabebetrag „blättchen“ 132: 4. Oktober 2007
Termine und Texte für „blättchen 133“ bitte bis zum 23. Oktober 2007 an die Redaktion einsenden.

Termine der BVV-Fraktion

Fraktionssitzungen:

jeweils Montag 8.10.07, 22.10.07, 29.10.07

BVV-Sitzung: 1.11.07

Öffentliche Ausschuss-Sitzungen

Jugendhilfe: 24.10.07

Kultur, Wirtschaftsförderung

und Tourismus:	4.10.07
Schulentwicklung:	11.10.07
Stadtplanung und Verkehr:	10.10.07
Soziales und Gesundheit:	10.10.07
Bildung und Bürgerdienste:	4.10.07
Sportausschuss:	11.10.07
Umwelt, Grün & Immobilienwirtschaft:	4.10.07
jeweils um 18.00 Uhr	